



Aktion für eine unabhängige
und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse
indépendante et neutre
Azione per una Svizzera
neutrale e indipendente

23. Geschäftsbericht

2008

Geschäftsstelle: AUNS
Postfach 669
CH-3000 Bern 31
Tel.: 031 356 27 27
Fax: 031 356 27 28
Internet: www.auns.ch
E-Mail: auns@auns.ch
PC-Konto: 30-10011-5

Inhaltsverzeichnis

Mitglieder des Vorstandes und der Geschäftsstelle	3
1 Das Umfeld im Jahre 2008.....	4
1.1 Europäische Union	5
Irland erschüttert EU-Bürokraten	5
Widerstand aus den eigenen Reihen	6
Fragwürdige EU-Aussen- und Militärpolitik	7
Den EU-Superstaat stoppen	8
Finanz- und Wirtschaftskrise: EU in der Zange	8
EU-Erweiterung bis wohin?	9
1.2 Schweiz.....	10
Wir haben wieder einen (AUNS-würdigen) Bundesrat	10
Forcierung des EU-Beitritts; wider den Ausverkauf der Schweiz	10
Mit der Steinbrückschen Peitsche gegen unsere Steuerhoheit	11
Personenfreizügigkeit: «Unglaubliche Arroganz» der Schweiz?.....	12
Das Unwort der «aktiven» Neutralität.....	13
2 Die AUNS	13
2.1 Die AUNS-Tätigkeit im Berichtsjahr	13
23. Mitgliederversammlung vom 26.4.2008	14
Wider den kopflosen Internationalismus in Bundesbern	14
AUNS lanciert erstmals eine Volksinitiative	15
Milizarmee und bewaffnete Neutralität	16
AUNS beschliesst Referendum gegen obligatorische Ausland-WKs	17
Wider das verwarloste Neutralitätsverständnis des Bundesrates	17
AUNS verurteilt Kritik von Folterstaaten an der Schweiz.....	18
AUNS-Klartext und Internet	18
Communiqués.....	19
Suisse romande	19
2.2 Jahresrechnung und Bilanz	20
2.3 Vorstand	21
2.4 Geschäftsstelle	21
2.5 Stützpunkte in den Kantonen	22
2.6 Aktuelle Broschüren, Berichte	22
3 Schlusswort.....	23

Vorstand – Comité directeur – Comitato direttivo (Stand: 31.12.2008)

Präsident/Président/Presidente

Schwander Pirmin, Dr. oec. publ., Unternehmer, Nationalrat, 8853 Lachen/SZ

Vizepräsidenten/Vice-Présidents/Vicepresidenti

Cipolla Jean-Dominique, Notar, 1920 Martigny/VS

Stamm Luzi, Rechtsanwalt, Nationalrat, 5405 Baden/AG

Syz Rudolf, Unternehmer, 4422 Arisdorf/BL

Mitglieder/Membres/Membri

Bischoff Hans, Architekt FSAI/SIA, 3095 Spiegel/BE

Etter Hans, Kaufmann, a. Grossrat, 3052 Zollikofen/BE

Freysinger Oskar, Gymnasiallehrer, lic. phil. I, Nationalrat, 1965 Savièse/VS

Fuchs Thomas, Betriebswirtschaftler, Grossrat, 3018 Bern-Bümpliz

Geninasca Charles, Ökonom, 1276 Gingins/VD

Grangier Kevin, Mediamatiker, 1845 Noville/VD

Graf Hans-Ulrich, Dr. iur., a. Nationalrat, 8180 Bülach/ZH

Montù Gianlucca, Physiker, 6900 Massagno/TI

Mörgeli Christoph, Prof. Dr., Historiker, Nationalrat, 8712 Stäfa/ZH

Perrin Yvan, Inspecteur de police, Nationalrat, 2117 La Côte-aux-Fées/NE

Reimann Lukas, Jus-Student, Nationalrat, 9500 Wil/SG

Scheidegger René, ehem. Direktor, 1470 Estavayer-le-Lac/FR

Schmid Christian, Generalagent, 3283 Niederried b. Kallnach/BE

Stähli Benjamin, Designer, 3012 Bern

Surber-Devoto Conrado A., dipl. Ing. ETH, lic. oec. publ., Lima/Peru

Revisor/Vérificateur/Verificatore

Fischer Theo, Notar, a. Nationalrat, 5607 Hägglingen/AG

Geschäftsstelle/Secrétariat central/Segretariato centrale

Thunstrasse 113, Postfach 669, CH-3000 Bern 31

Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28; E-Mail: auns@auns.ch;

PC-Konto: 30-10011-5; Internet: www.auns.ch

Geschäftsführer: Hans Fehr, Nationalrat, Eglisau / ZH

Geschäftsführer Stv.: Werner Gartenmann, Matten b.l./BE

Sekretariat: Katharina Fischer, Bern

Adresse pour la Suisse romande

ASIN, Coordination Romande

Charles Geninasca

Case postale 41, 1276 Gingins

E-Mail: geninasca@asin.ch

Internet: www.asin.ch

Indirizzo per la Svizzera italiana

ASNI, Gianlucca Montù

Via Lisano 4, 6900 Massagno

E-Mail: montu@asni.ch

Internet: www.asni.ch

Der Ausspruch «Es gibt nichts Neues unter der Sonne» hatte zwar im Grundsatz auch im Berichtsjahr 2008 seine Gültigkeit. Es gab weltweit wiederum echte und vermeintliche Krisen zuhauf. Stichworte sind: Hunger, Energie, Klima, Tibet, Finanzen, Immobilien, Europa, Iran, Tibet, Dollar, Georgien, der Nahe Osten – und viele dazu.

Neu war hingegen die Tatsache, dass eine gefährliche **Finanzkrise** die ganze Welt erschütterte, die uns über das Berichtsjahr hinaus in Atem hält. Grösste amerikanische Banken standen vor dem Abgrund oder sind untergegangen (zum Beispiel die Investmentbank Lehman Brothers), renommierte europäische Finanzinstitute brachen ein, und auch die Schweizer Grossbanken verloren enorm an Wert und mussten ihr Aktienkapital massiv erhöhen. Die UBS, die grösste Schweizer Bank, brauchte Hilfe vom Staat.

Was sind die Ursachen dieser weltweiten Krise, die auch am Ende des Berichtsjahres keineswegs ausgestanden ist? Die Lebensweisheit «Es ist nichts schwerer zu ertragen als eine Reihe guter Tage» hat auch hier Gültigkeit. Ein weltweiter **Übermut und Grössenwahn**, wie er leider in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft immer wieder vorkommt, hat zu Leichtsinns und Realitätsverlust geführt – und zum Irrglauben, es gehe im Finanz- und Immobilienbereich immer «aufwärts». Gravierende Managementfehler, zusätzlich durch ein verfehltes Bonussystem begünstigt, haben zu falschen, risikoreichen Entscheidungen geführt. Die Episode dürfte als Sinnbild einer auf Glanz, Gier und Täuschung gebauten Schönwetterwirtschaft in die Geschichtsbücher eingehen.

Ausgerechnet der neu gewählte amerikanische Präsident Obama, ein «linker Demokrat», hat in seiner Antrittsrede eindringlich die **Rückkehr zu konservativen Werten** und Tugenden gefordert: harte Arbeit, Leistung, Selbstverantwortung, Disziplin, Toleranz, Patriotismus. In der Tat geht es darum, gerade im Zeitalter der sogenannten Globalisierung, wieder überschaubare Strukturen zu schaffen – mit klarer Regelung der Verantwortung. Es geht darum, sich auf die **Lebenswirklichkeit** zu besinnen und die einfachen Wahrheiten wie «Ohne Fleiss kein Preis» oder «Schuster bleib bei deinem Leisten» zu beherzigen. Gier und Grössenwahn sind abzulegen in den Unternehmen, in der Politik und in der Gesellschaft. Es gilt zu entsorgen, was im Höhenrausch der Hochkonjunktur an Schutt und an Trugbildern aufgetürmt wurde. Dann wird es wieder aufwärts gehen.

Dies ist umso wichtiger, als das Berichtsjahr 2008 auch in weiteren Bereichen geprägt war von **Labilität und Unsicherheit**. Wie immer ging es letztlich um nationale Interessenpolitik, um Machtansprüche, um Machtverteilung und Einflussnahme. Es ging um Öl, Wasser, Ressourcen und Lebensräume – und es wird auch in Zukunft darum gehen. Die bekannten Krisenherde sind brisant geblieben: Der Nahostkonflikt scheint trotz des erfolgreichen Waffengangs der Israeli im Gaza-Streifen kaum lösbar. In Afghanistan bissen sich schon die Briten und die Sowjets die Zähne aus; jetzt wird der Gebirgsstaat zur Bewährungsprobe für die NATO. Zudem erwies sich der Glaube an den Niedergang des islamischen Terrorismus nach

dem Massaker im indischen Mumbai als verfrüht. In Zimbabwe hält sich weiterhin ein Verrückter an der Macht.

Das Internationale Institut für strategische Studien in London stellt in seiner Publikation «Military Balance 2008» fest, die sagenhaften 1300 Milliarden Dollar, die derzeit weltweit für Soldaten, Waffen und dergleichen ausgegeben wurden, dienten angeblich immer der Verteidigung und Sicherheit der Staaten und ihrer Bürger. Und dennoch musste im Berichtsjahr der prekäre Frieden rund um den Globus von 40 internationalen Missionen überwacht werden. Der Soziologe Luhmann hat wohl Recht, wenn er feststellt: «Wir scheinen in einer gleichzeitig immer sicherer und immer unsicherer werdenden Welt zu leben.»

Die **UNO** zeigte sich im Berichtsjahr einmal mehr weitgehend unfähig, an den verschiedenen Konfliktherden wirksam einzugreifen. Im Nahen Osten und andernorts waren ihre Appelle wirkungslos. Ihre häufige Ohnmacht hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die Mitglieder des Sicherheitsrates mehr denn je ihre eigenen Interessen verfolgen; zudem versinkt die UNO zunehmend in der eigenen Bürokratie. Auch die **Europäische Union** erschöpfte sich weitgehend in Absichtserklärungen. Sie ist in Anbetracht unklarer Zukunftsperspektiven mehr als genug mit sich selbst beschäftigt. Zudem wird der Widerstand von einzelnen Mitgliedstaaten gegen den Brüsseler Zentralismus und gegen die massive, unkontrollierte Zuwanderung, vorab aus Rumänien und Bulgarien, immer stärker manifestiert.

Insgesamt kam es im Berichtsjahr entgegen allen Beschwörungen des «Kollektiven» und des «Globalen» zu einer Wiederbesinnung von Völkern und Staaten auf ihre **nationale Identität**, auf nationale Werte. Dieser Trend, der auch in der Schweiz, vor allem auch bei der jungen Generation, festzustellen ist, dürfte künftig noch an Boden gewinnen. Botschafter Paul Widmer stellt in seinem bemerkenswerten Buch «Die Schweiz als Sonderfall» zu Recht fest, gerade in schwierigen, unsicheren Zeiten rücke die Pflege klassischer Stärken – Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Föderalismus, Neutralität – wieder in den Vordergrund. Das ist exakt die Stossrichtung der AUNS.

1.1 Europäische Union

Irland erschüttert EU-Bürokraten

Die EU-Bürokraten waren im Berichtsjahr in ihren «Grundfesten» erschüttert. Nachdem im Sommer 2005 bereits die Bürger Frankreichs und Hollands die EU-Verfassung (und damit den EU-Superstaat) abgelehnt hatten, wagte es das kleine Irland im Juni 2008, den EU-Reformvertrag von Lissabon abzulehnen. Die irischen Stimmbürger haben sich nicht täuschen lassen; sie haben den «Reformvertrag» als blosse Kopie der zentralistischen und bürokratischen EU-Verfassung entlarvt und mit ihrem Nein die Inkraftsetzung vorerst gestoppt. Nach grosser EU-weiter Konsternation und allerlei Druckversuchen aus Brüssel und offenen Drohungen der französischen EU-Präsidentschaft hat die irische Regierung schliesslich gekuscht. Sie wird den Iren in einer zweiten Volksabstimmung Gelegenheit geben, den

«Fehlentscheid» zu korrigieren. Das war und ist auch im Berichtsjahr «Demokratie à la EU». Das Volk wird, wenn überhaupt, so lange befragt, bis die Antwort den Bürokraten und Funktionären der EU passt. Zweifellos ein Lehrstück für die Schweiz!



© Keystone

Was will der EU-Reformvertrag?

Der Vertrag soll die EU schlagkräftiger und demokratischer machen. Tatsächlich mag die EU «schlagkräftiger» werden, weil sie sich demokratischer Fesseln entledigt. Verliererin ist die Demokratie. Der 900-seitige, kaum lesbare Vertrag enthält folgende Hauptpunkte:

Aufhebung der Einstimmigkeit: Verlierer sind die kleinen Länder; sie versinken in die Bedeutungslosigkeit.

Brüsseler Recht geht vor: Die Mitgliedländer werden zu regionalen Gebietskörperschaften degradiert.

Relativierung demokratischer Grundrechte: Der Grundsatz der Gewaltenteilung, d.h. die Aufteilung der Staatsgewalt auf Parlament, Regierung und Rechtsprechung, wird in Frage gestellt und droht, fließend zu werden.

Militarisierung wird vorangetrieben: Der Vertrag verpflichtet die Mitgliedstaaten, «ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern» durch erhöhte Militärbudgets. Eine Verteidigungsagentur wacht über die Einhaltung dieser Verpflichtung.

Bis im Juni 2009 müssen alle 27 EU-Staaten den Reformvertrag ratifizieren, denn bis zu den Europawahlen 2009 soll die neue Rechtsgrundlage in allen Staaten gelten.

Widerstand aus den eigenen Reihen

In der Mitte des Berichtsjahres hat sich der tschechische Staatspräsident **Václav Klaus**, ein grosser EU-Skeptiker, undiplomatisch weit aus dem Fenster gelehnt. Er

begrüsste die Ablehnung des Lissabon-Vertrages durch die Iren und lobte das Ergebnis als «Sieg der Freiheit über die Bürokratie». Wörtlich hiess es in der Erklärung des Staatspräsidenten: «Das Ergebnis ist wohl für alle eine klare Mitteilung. Es ist ein Sieg der Freiheit und des Verstands über die künstlichen elitären Projekte und die europäische Bürokratie.»

Die Haltung des tschechischen Präsidenten ist umso bemerkenswerter, als Tschechien am Ende des Berichtsjahres – auf Frankreich folgend – für die erste Hälfte 2009 turnusgemäss die EU-Präsidentschaft übernommen hat.

Vor den tschechischen Verfassungsrichtern hielt Klaus im November 2008 ein flammendes Plädoyer gegen den Vertrag von Lissabon. Der Vertrag untergrabe die Rechtsordnung und schränke die Souveränität der Tschechischen Republik ein, argumentierte der Präsident. Dennoch hat das Oberste tschechische Gericht am 26. November 2008 entschieden, dass der Vertrag von Lissabon die tschechische Verfassung nicht verletze.

Aufschlussreich war auch der Widerstand verschiedener EU-Staaten gegen die drohende **Massen-Zuwanderung** aus Rumänien und Bulgarien mit ihren rund drei Millionen Fahrenden, nachdem die Personenfreizügigkeit mit diesen beiden Ländern seit dem 1.1.2007 in Kraft ist. Jenseits von allem schönen Gerede über Nicht-Diskriminierung, Partnerschaft, Frieden und Sicherheit haben insbesondere Grossbritannien, Dänemark, Holland, Spanien und Italien die Notbremse gezogen. Sie bauten massive Hürden gegen die drohende Invasion aus ihren «Bruderländern» auf. Vor allem Italien und Spanien sind mit einer eigentlichen Invasion von hunderttausenden von legalen und illegalen Zuwanderern und einem enormen Anstieg der Kriminalität konfrontiert. Brüssel selbst bezeichnete Rumänien und Bulgarien wegen des rechtsstaatlichen Defizites und der gewaltigen Korruption als «nicht EU-reif» und stoppte Unterstützungszahlungen von hunderten von Millionen Euro.

Fragwürdige EU-Aussen- und Militärpolitik

Die EU hatte im Berichtsjahr nicht nur im Innern grosse Probleme (siehe «Reformvertrag»). Auch ihre Versuche, sich gegen aussen als Grossmacht zu profilieren, waren und sind wenig überzeugend. Dazu zwei Beispiele:

- *Schiefelage in der Kosovo-Politik*: Nachdem die serbische Provinz Kosovo mit Unterstützung der Westmächte die Unabhängigkeit erklärt hatte (von der offiziellen Schweiz voreilig und neutralitätswidrig anerkannt!), wurde die träge UNO-Übergangsverwaltung durch eine EU-Rechtsstaatsmission ersetzt. Sie sollte beim Aufbau eines funktionsfähigen Staates mithelfen.

Die Realität sieht anders aus. Wenige Monate nach Ausrufung der Unabhängigkeit fielen wieder Schüsse im serbisch dominierten Norden Kosovos, und der Frust der kosovo-albanischen Bevölkerungsmehrheit über die vielen internationalen Missionen, die sich in Kosovo gegenseitig im Weg stehen, ist enorm. Die Uno-Mission (Unmik) blieb in reduzierter Form, und gleichzeitig stationierte die EU ihre Mission in Kosovo. Und gemeinsam verhedderten sich einheimische und ausländische Beamte im Kompetenzwirrwarr, denn für die UNO gilt nach wie vor die Resolution 1244, die Kosovo als Teil Serbiens definiert. Ein UNO-Plan sieht eine Teilung Kosovos in eth-

nische Gebiete vor, was sehr umstritten ist. Weil bisher nicht alle EU-Länder Kosovo anerkannt haben, ist Brüssel nicht in der Lage, eine eigene Aussenpolitik zu betreiben. Die EU-Mission scheint zum vornherein zum Scheitern verurteilt.

- *Europäische Eingreiftruppe?* «Europa hat die Aufgabe, das Ideal des Friedens und der Freiheit in der unsicheren Welt von heute zu verkörpern», erklärte Nicolas Sarkozy Mitte Juni 2008 vor 3000 Offizieren in Paris – kurz vor der turnusmässigen Übernahme der EU-Präsidentschaft auf den 1. Juli 2008. Die gemeinsame EU-Verteidigungs- und Sicherheitspolitik müsse in den Mittelpunkt gestellt werden und die Europäer müssten die Fähigkeit entwickeln, bis zu 60 000 Mann gleichzeitig zu koordinierten Auslandseinsätzen zu entsenden. Nachdem auf Anfang 2009 die französische EU-Präsidentschaft durch die tschechische ersetzt wurde, ist die vollmundig angekündigte «gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik» jedoch wieder in den Hintergrund gerückt.

Dass Sarkozy in Tat und Wahrheit anstelle der wechselnden eine stabile EU-Präsidentschaft und Frankreich eine Führungsrolle verschaffen will, stösst EU-intern auf grössten Widerstand, der insbesondere von Václav Klaus artikuliert wird.

Den EU-Superstaat stoppen

Im September des Berichtsjahres hat sich der deutsche alt Bundespräsident und Bundesverfassungsgerichtspräsident Roman Herzog mit einem Alarmruf an die Öffentlichkeit gewandt. «Stoppt den Europäischen Gerichtshof» lautete die wenig zurückhaltende Überschrift über einer ganzseitigen Abhandlung in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ). Schon etwas früher hatte er in der *Welt am Sonntag* gewarnt: «Die EU gefährdet die parlamentarische Demokratie in Deutschland». Die Attacken richten sich gegen die Tatsache, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) in zunehmender Weise in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten eingreift. Herzog warnt davor, dass mehr und mehr die Weiche zur Allmacht des Brüsseler Apparats gestellt werde und die Demokratie der Nationalstaaten «entkernt» (ausgehöhlt) werde. Fazit: Der EU-Superstaat müsse gestoppt werden.

Finanz- und Wirtschaftskrise: EU in der Zange

Im Zusammenhang mit der weltweiten Wirtschaft- und Finanzkrise gegen Ende des Berichtsjahres haben sich die Spannungen in der EU zusätzlich verschärft. In den Ostländern nimmt die Wut zu und die Euroländer bangen um die gemeinsame Währung. Tatsächlich erlebten und erleben die EU-Staaten in Ost- und Mitteleuropa zum ersten Mal seit Einführung der Marktwirtschaft einen massiven Konjunkturereinbruch. Die Krise trifft diese Länder besonders hart, weil ihre Volkswirtschaften sehr stark auf ausländische Investitionen und weitgehend auf den Export angewiesen sind. Die Geldgeber in der EU, insbesondere Deutschland, haben in dieser äusserst schwierigen Situation mit sich selbst mehr als genug zu tun. Sie streiten sich um gigantische Hilfspakete (Deutschland) oder sehen das Heil in Verstaatlichungen (Frankreich).

Dazu kommt, dass mit der Finanzkrise in den Ländern der Währungsunion die enormen strukturellen Schwächen der einzelnen Mitglieder (welche die Konver-

genzkriterien kaum je erfüllt haben) brutal zum Vorschein kommen. Statt Schulden abzubauen und die Ausgaben zu reduzieren, suchen sie das Heil in teuren Konjunkturprogrammen. Das droht die gesamte Eurozone in eine gefährliche Schieflage zu bringen.

Die Bankenkrise zeigt die **Mängel des Euro und der zentralisierten Geldpolitik** in der EU. Mit dem Euro wurde die Geldpolitik zentralisiert. Die Bankenaufsicht blieb eine Domäne der einzelnen Länder. Diese unterschiedliche Zuständigkeit ist im Zusammenhang mit der Bankenkrise zum Teil zu einer Zerreissprobe für das Währungssystem geworden. Die Hoffnungen haben sich zerschlagen, dass das geforderte länderübergreifende EU-Rettungspaket realisiert werden könnte. Es erstaunt nicht, dass kaum eine Regierung dafür Gelder locker machen wollte. Denn wie soll eine Regierung ihren Bürgern weismachen, dass sie mit ihren Steuern marode Banken in andern EU-Ländern sanieren sollen?

Die Schweiz ist dank ihrer eigenständigen Notenbank gut gerüstet. Im Unterschied zu den EU-Ländern hat unsere Nationalbank auf die Krise massgeschneidert und im Landesinteresse reagieren können.

EU-Erweiterung bis wohin?

Die grössenwahnsinnigen EU-Bürokraten drängten auch im Berichtsjahr auf eine «noch grössere» EU. Neuaufnahmen (nach der EU 27) sind aber auch innerhalb der Mitgliedstaaten sehr umstritten. Auch Deutschland und Frankreich haben sich gegen eine Erweiterung ausgesprochen, solange der Reformvertrag (Lissabonvertrag) nicht ratifiziert sei. Andere behaupten, die Erweiterung sei nicht nur ökonomisch, sondern auch «für den europäischen Innenraum sicherheitspolitisch geboten».

In der ersten Kandidatenreihe steht Kroatien, das Ende 2009 die Beitrittsverhandlungen abschliessen könnte. Dann folgt Serbien, das bei voller Kooperation mit dem UN-Tribunal in Den Haag im gleichen Jahr den offiziellen Kandidatenstatus erreichen kann, und an dritter Stelle steht Mazedonien. Längerfristig wird der Kosovo folgen.

Und die Türkei?

«Um die Türkei agrar-, struktur- und regionalpolitisch an die EU heranzuführen, müsste die EU geschätzte Transferleistungen von jährlich über 20 Milliarden Euro aufbringen. Deutschland wäre dabei als grösster Nettozahler mit sechs bis acht Milliarden Euro belastet.» (Jürgen W. Heike, Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium, 3.6.2008)

Wir haben wieder einen (AUNS-würdigen) Bundesrat

Nach der skandalösen, hinterhältigen Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat im Dezember 2007 haben wir seit dem Ende des Berichtsjahres – nach einem Jahr «Interregnum» – in der Person von Ueli Maurer wieder einen Bundesrat, der sich «AUNS-würdig» für die Unabhängigkeit und die Neutralität unseres Landes einsetzt. Der neue Bundesrat wurde in einer denkwürdigen Wahl als Nachfolger für den zurückgetretenen Samuel Schmid zum Mitglied der Landesregierung erkoren und bei der Konstituierung als neuer VBS-Chef eingesetzt. In der Zwischenzeit hat Maurer, welcher der AUNS als Mitglied treu bleibt, bereits einige Nägel eingeschlagen und klare Signale ausgesandt, dass er (wieder) eine einsatzfähige Milizarmee (die «beste Armee der Welt») anstrebt, die ihren Kernauftrag gemäss Bundesverfassung, Artikel 58 («Die Armee dient der Kriegsverhinderung; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung») erfüllen kann. Eine zentrale Aufgabe für Bundesrat Ueli Maurer wird es sein, den Kompass im VBS von der NATO-Anpassung hin zum Schutz des eigenen Landes einzustellen. Wir wünschen dem neuen VBS-Chef bei seiner anspruchsvollen Aufgabe viel Erfolg.



Gleichzeitig danken wir Christoph Blocher an dieser Stelle für seine grossartige Arbeit, die er für die AUNS und unser Land während Jahrzehnten geleistet hat und auch in Zukunft leisten wird.

Forcierung des EU-Beitritts; wider den Ausverkauf der Schweiz

Für die AUNS ist es entscheidend, dass die **Besinnung auf die erfolgreichen schweizerischen Werte** fortgeführt wird und dass die schweizerischen Staatssäulen – Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus – gestärkt werden. Die Alternative der linken und pseudobürgerlichen Kräfte – nämlich der Rückfall in die gescheiterte, lebensfremde und unverantwortliche Politik der 90er Jahre mit der Einbindung in Grossstrukturen (EU) – wäre verhängnisvoll. Ebenso kämpft die AUNS – insbesondere mit ihrer Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» – mit aller Kraft gegen den schleichenden EU-Beitritt und gegen den Ausverkauf der Schweiz.

Es ist im Berichtsjahr augenfällig geworden, dass in Bundesbern – entgegen allen anderslautenden Beteuerungen, und im Gleichklang mit der Aushebelung der Volksrechte – der schleichende oder direkte **EU-Beitritt vorangetrieben** wird.

Die Anpasser in den Bereichen Schengen, Personenfreizügigkeit, Militär- und Sicherheitskooperation, WK-Obligatorium im Ausland, Agrarfreihandel, Steuerharmonisierung, Rahmenabkommen und dergleichen sind am Werk. Die SP hat in der Mitte des Berichtsjahres eine «neue EU-Beitrittsdebatte» lanciert. «Nur eine Integration in die EU erlaubt der Schweiz, von den europäischen Sozialstandards und in verlässlicher Weise auch vom grossen europäischen Markt zu profitieren», liessen die Genossen – damals noch mitten in der Hochkonjunktur – verlauten. Und der Bundesrat drohte für den Fall eines Nein zum Personenfreizügigkeitspaket, damit werde der bilaterale Weg zerstört, und dann bleibe nur noch der Beitritt zur EU. Die AUNS bleibt auf der Hut.

Mit der Steinbrückschen Peitsche gegen unsere Steuerhoheit

Mit der Behauptung, die von den Kantonen praktizierte Steuerreduktion für ausländische Holdinggesellschaften, welche ihren Ertrag nicht in der Schweiz erwirtschaften, verstosse die Schweiz gegen Art. 23 des Freihandelsabkommens von 1972 und das Diskriminierungsverbot, hatte die EU-Kommission bereits im vorigen Jahr den sogenannten «Steuerstreit» gegen die Schweiz entfacht und seither in Raten verschärft.

Der Bundesrat hat anfänglich unmissverständlich auf unserer Steuersouveränität beharrt und erklärt, diese sei «nicht verhandelbar». Dann wurde leider «Dialogbereitschaft» bekundet. Finanzminister Merz versucht zwar, im Steuerstreit einen gewissen Abwehrwillen zu markieren, doch auch seine Signale wirken zwiespältig. Theoretisch bleibt er standhaft, praktisch wackelt er.

Die AUNS hat sich wiederholt und mit aller Schärfe gegen die Arroganz aus Brüssel und Berlin verwahrt. Sie hat klar gemacht, dass für die Schweiz eine Ausdehnung der Personenfreizügigkeit nur in Frage kommen kann, wenn Brüssel den Angriff auf unsere Steuersouveränität vollständig und dauerhaft einstellt.

Einen skandalösen Gipfel der Arroganz hat der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück am 21. Oktober 2008 an einer Pressekonferenz in Paris gegen die Schweiz und ihre Steuersouveränität zelebriert und mit der «Peitsche» gedroht. Zudem forderte er, die Steueroase Schweiz müsse von der Wirtschaftsorganisation OECD auf eine schwarze Liste gesetzt und mit Sanktionen belegt werden.

«Ich kann nur sagen: Herr Steinbrück, sorgen Sie doch als deutscher Finanzminister für bessere Steuergesetze im eigenen Land. Und lenken Sie nicht ab von Ihrem Versagen als kurzzeitiger, abgewählter Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen sowie als Aufsichtsratspräsident der Staatsbank KfW. Diese hat der amerikanischen Pleitebank Lehmann Brothers sogar noch nach dem Konkurs 350 Millionen Euro nachgeworfen und heisst im Volksmund die dümmste Bank der Welt.» (NR Prof. Dr. Christoph Mörgeli, Ürikon)

«Sollte die OECD, aus der die Schweiz ohnehin austreten müsste, unser Land auf die schwarze Liste der Steueroasen setzen (was ist eigentlich negativ an einer Oase?), wäre es an uns, weltweit mit einer Liste der Steuerwüsten vor den Staatsabzockern zu warnen.» (Hans Egger, Bankier, Worb)

Personenfreizügigkeit: «Unglaubliche Arroganz» der Schweiz?

Am Ende des Berichtsjahres hat die Steinbrücksche Peitschendrohung sogar noch eine «Steigerung» erfahren – und zwar im Zusammenhang mit der Abstimmung über die *Weiterführung* der Personenfreizügigkeit mit der EU und der *Ausdehnung* auf Rumänien und Bulgarien. Die Abstimmung darüber hat am 8. Februar 2009, stattgefunden. Schon gegen Ende des Berichtsjahres sind aber die Wogen hochgegangen.

Für den AUNS-Vorstand war es nach dem Zustandekommen des Referendums von dritter Seite klar: Das undemokratische und verfassungswidrige Paket-Manöver muss bekämpft und verhindert werden. Denn das Parlament hat mit diesem skandalösen Trick die Volksrechte regelrecht sabotiert. Die Mitte-links-Mehrheit hat die zwei unterschiedlichen Vorlagen zu einem Paket geschnürt, damit der Stimmbürger auf zwei Fragen nur noch eine Antwort geben konnte. So wollten die Saboteure an den Volksrechten das (zu erwartende) Nein zu Rumänien/Bulgarien verunmöglichen.

Das war der **Kernpunkt für die AUNS**, gegen dieses Manöver anzutreten. Denn es ging und geht dabei – neben den gewaltigen Risiken einer unkontrollierbaren Zuwanderung – um die Wahrung unserer Volksrechte, der direkten Demokratie, der schweizerischen Souveränität.

Die skandalöse Missachtung unserer direkten Demokratie geht Hand in Hand mit der Aushebelung unserer Volksrechte, die von den gleichen Kreisen systematisch vorangetrieben wird. Unser Landesrecht wird durch immer mehr EU-Recht (Beispiel Schengen!), internationales Recht, angeblich zwingendes Völkerrecht und durch Entscheide fremder Richter gebrochen.

Aus Brüssel waren offiziell zwar eher gemässigte Reaktionen auf die Nein-Kampagne gekommen. Dahinter stehen aber wohl taktische Überlegungen, denn «Brüssel» pflegt jeweils unmittelbar nach den Abstimmungen eine Attacke gegen unsere Souveränität zu reiten und massive Drohungen auszustossen. Diese «Droh-Kampagne» haben im Vorfeld der Abstimmung stellvertretend die schweizerischen EU-Apostel im Bundesrat, im Mitte-links-Parlament, in den Wirtschaftsverbänden – unterstützt durch eine willfährige Presse- und Medienlandschaft – übernommen.

Aber auch Europa-Abgeordnete haben in unflätigster Weise in unsere Souveränität eingegriffen: «Die unglaubliche Arroganz (der Schweiz) muss ein Ende haben», meinte der liberale deutsche Abgeordnete Jorgo Chatzimarkakis, denn «die Schweiz wäre längst ein rückständiger Fleck in Europa, wenn sie nicht das Bankgeheimnis und ihre tollen Ausnahmeregelungen hätte.» Und der EU-Abgeordnete Manfred Weber aus der Europäischen Volkspartei drohte, die Schweiz müsse bei einem Nein (am 8. Februar 2009) als «Ausland wie Guatemala oder Kasachstan» behandelt werden.

AUNS-Standpunkt: Genau gegen solche arroganten Töne zieht die AUNS zu Felde, und wir wissen dabei die grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung hinter uns.

Das Unwort der «aktiven» Neutralität

Der neutralitätswidrige Aktivismus in Bundesbern, der seit dem UNO-Beitritt der Schweiz im Jahre 2002 massiv zugenommen hat, ist im Berichtsjahr förmlich explodiert. Vor allem Bundesrätin Calmy-Rey versuchte sich «auf den Bühnen der Welt-politik» selbst zu inszenieren.

Die Aussenministerin hat sich im Berichtsjahr nicht entblödet, zum iranischen Präsidenten Ahamadinejad zu wallfahrten und sich beim Holocaust-Leugner in Verschleierung anzubiedern. Sie ist zudem in neutralitäts- und völkerrechtswidriger Weise bei der offiziellen Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo vorgeprellt. Und sie hat sich über ihren «persönlichen Berater» und «Mediator» Jean-Pierre Gontard, der der Komplizenschaft mit den kolumbianischen Farc-Terroristen verdächtigt wird, auf gefährliches Glatteis begeben. Ebenso hat eine Mehrheit im Bundesrat der absurden Forderung von Frau Calmy-Rey zugestimmt, Schweizer Soldaten zur Piratenbekämpfung vor Somalia einzusetzen.

Im Bereich der UNO rühmt sich Bundesrätin Clamy-Rey immer wieder mit der Schaffung des Menschenrechts-Rates als «schweizerische Leistung». In Tat und Wahrheit hat dieses obskure Gremium bisher nicht anderes als 21 einseitige Verurteilungen Israels zustande gebracht. So haben am Ende des Berichtsjahres 33 von 47 Mitgliedern Israel verurteilt wegen des Angriffs auf die Hamas und Gaza, ohne die tausenden von Hamas-Raketen gegen die israelische Zivilbevölkerung zu erwähnen. Kein Wunder, denn unter den 33 Staaten (Ägypten, Angola, Argentinien, Aserbeidschan, Bahrain, Bangladesh, Bolivien, Brasilien, Burkina Faso, Chile, China, Djibouti, Gabun, Ghana, Indien, Indonesien, Jordanien, Kuba, Madagaskar, Malaysia, Mauritius, Mexiko, Nicaragua, Nigeria, Pakistan, Philippinen, Qatar, Russland, Sambia, Saudiarabien, Senegal, Südafrika und Uruguay) sind etliche Israel-Hasser und solche, die zudem notorisch gegen die Menschenrechte verstossen.

Durch derartige Fehlleistungen unserer Aussenministerin wird unsere Neutralität mehr und mehr zur Farce.

2 Die AUNS

2.1 Die AUNS-Tätigkeit im Berichtsjahr

Die Hauptbotschaft und die Haupttätigkeit der AUNS war auch im Berichtsjahr die folgende: «Mit der Verhinderung des EWR/EU-Beitritts haben wir unseren Kernauftrag erfüllt. Ohne die AUNS hätten wir unsere Unabhängigkeit verloren. **Ohne AUNS wäre die Schweiz heute Mitglied der Europäischen Union.**»

Es ging auch im Berichtsjahr darum – und es wird auch in Zukunft darum gehen – einen (schleichenden) EU-Beitritt zu verhindern und die Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes zu wahren und zu stärken. Zu diesem Zweck haben wir im März des Berichtsjahres unsere erste **Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk»** lanciert.

23. Mitgliederversammlung vom 26. April 2008

Wider den «kopfloren Internationalismus» in Bundesbern

An der von über 1000 Personen besuchten 23. Mitgliederversammlung der überparteilichen Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) ging der abgewählte Bundesrat Christoph Blocher scharf ins Gericht mit der fortschreitenden Missachtung der schweizerischen Unabhängigkeit und Neutralität durch Bundesrat, Parlament und Verwaltung. Bundesbern delegiere die eigene Verantwortung zunehmend an multinationale Organisationen. Man entmündige die Bürger durch die Schwächung der direkten Demokratie und betreibe einen kopfloren Internationalismus zum Schaden unseres Landes. Die Kampf der AUNS und ihre Volksinitiative zur Ausweitung des obligatorischen Staatsvertragsreferendums seien dringender denn je.

Der mit der Schweizer Fahne und den Kantonsfahnen geschmückte Saal im Berner «National» war bis hinauf zur obersten Empore auf den letzten Platz besetzt, und die aus allen Landesteilen herbeigeströmten AUNS-Mitglieder und Gäste wurden nicht enttäuscht.



Nach der eindringlichen Standortbestimmung von AUNS-Präsident **Dr. Pirmin Schwander**, der die Stärkung der Volksrechte und den Erhalt unseres kulturellen Erbes in den Vordergrund stellte, warnte **Christoph Blocher** vor der Unterwanderung der schweizerischen Unabhängigkeit, welche bereits im Gange sei, von unseren eigenen Staatsorganen

aber nicht ernst genommen werde. Der Druck von ausländischen Mächten auf unsere Staatsordnung – namentlich gegen unser Bankgeheimnis und unsere Steuerhoheit – sei unübersehbar, und die Verantwortlichen in Bundesbern seien diesem Druck kaum gewachsen. Zudem werde immer mehr internationales Recht über unser souveränes Landesrecht gestülpt. Die Bundesverwaltung, von Bundesrat und Parlament nicht gebremst, liebäugelten mit der EU und nutzten jede Gelegenheit, um die schweizerische Unabhängigkeit auszuschalten. Darum passe man sich überall an: «Grenzöffnungsfragen, Schulharmonisierungen, Gesetzesanpassungen, Nachgeben bei der Personenfreizügigkeit und Zahlungen jeder Art sprechen eine deutliche Sprache», betonte Blocher.

Als Beispiel für die fortschreitende Entmündigung der Bürger durch die Einschränkung der demokratischen Rechte nannte Blocher das hochaktuelle Thema der Ein-



bürgerung von Ausländern. Nachdem darüber 150 Jahre lang die Gemeinden entschieden hätten, habe das Bundesgericht diese unbestrittene Praxis umgestossen und eigenmächtig festgelegt, dass Ausländer einen negativen Einbürgerungsentscheid vor Gericht einklagen könnten. Damit gebe es ein Recht auf Einbürgerung, der Richterstaat

trete an die Stelle des Bürgerstaates. Diese demokratiefeindliche Praxis, welche die Masseneinbürgerung fördere, müsse am 1. Juni 2008 geändert werden.

Neutralität: Nichts für profilierungssüchtige Regierungsmitglieder

Blocher verurteilt ebenso die Missachtung der Neutralität und nannte als Beispiel für den neuerdings praktizierten «kopflösen Internationalismus» den Kniefall der Aussenministerin in Teheran: «Sie spielt sich mit Schleier vor mitgereisten Fotografen auf und merkt nicht, dass sie sich mitten in die internationalen Auseinandersetzungen setzt, und dass die Schweiz sich nun der Parteilichkeit bezichtigen lassen muss.» Neutralität heisse für Regierende oft auch «stille sitzen», «sich-selbst-zurücknehmen» in internationalen Konflikten. Neutralität heisse unparteiisch vermitteln statt Partei ergreifen. «Also nichts für profilierungssüchtige Regierungsmitglieder», meinte Blocher. Der Kampf der AUNS für Unabhängigkeit und Neutralität sei deshalb hochaktuell.

AUNS lanciert erstmals eine Volksinitiative

Nach der Erläuterung der Volksinitiative «für die Stärkung der Volksrechte» durch den AUNS-Geschäftsführer Nationalrat Hans Fehr stimmte die Mitgliederversammlung der Lancierung der Initiative einhellig zu.

Ziel der Initiative: Ein schleichender EU-Beitritt oder die schrittweise Einbindung in andere internationale Grossgebilde soll mit einer neuen Verfassungsbestimmung (Artikel 140, Absatz 1 Buchstabe d) verhindert werden. Mit der Initiative wäre beispielsweise das Schengen-Abkommen, das die Schweiz zur Übernahme des Folgerechts – insbesondere in den Bereichen Grenzregime, Waffenrecht und Visapolitik – verpflichtet, abgelehnt worden, weil das Ständemehr bekanntlich nicht erreicht wurde.

Der neue Verfassungsartikel hat folgenden Wortlaut:

Artikel 140 Obligatorisches Referendum

Volk und Ständen werden zur Abstimmung unterbreitet:

Absatz 1 Buchstabe d der Bundesverfassung **neu**)

d. die völkerrechtlichen Verträge, die:

1. eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung in wichtigen Bereichen herbeiführen;
2. die Schweiz verpflichten, zukünftige rechtsetzende Bestimmungen in wichtigen Bereichen zu übernehmen;
3. Rechtsprechungszuständigkeiten in wichtigen Bereichen an ausländische oder internationale Institutionen übertragen;
4. neue einmalige Ausgaben oder Kosten von mehr als 1 Milliarde Franken oder neue wiederkehrende Ausgaben oder Kosten von mehr als 100 Millionen Franken nach sich ziehen.

Die Unterschriftensammlung (rund 70 000 per Ende 2008) ist im Berichtsjahr gut vorangekommen. Es ist unser erklärtes Ziel, die Initiative Anfang Juli 2009 mit mindestens 120 000 Unterschriften einzureichen.

Unsere «Botschaft» bei Standaktionen und dergleichen lautet jeweils:

Die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» stoppt den schleichenden EU-Beitritt (der in Bundesbern systematisch vorangetrieben wird), indem

a) wichtige Ausland-/EU-Verträge zwingend der Volksabstimmung unterbreitet werden müssen und b) eine doppelte Mehrheit von Volk und Ständen erreichen müssen.

Milizarmee und bewaffnete Neutralität

Im Berichtsjahr sind im Bereich Milizarmee/bewaffnete Neutralität zwei positive Ereignisse zu verzeichnen:

1. Der Rücktritt des überforderten, nicht mehr handlungsfähigen VBS-Chefs Samuel



Schmid war nach der Affäre Nef, diversen Unglücksfällen, die mit schlechter Führung zu tun haben, sowie mit der NATO-orientierten Armee, die ihren Kernauftrag nicht mehr erfüllen kann, überfällig.

2. Die Wahl von Ueli Maurer zum Bundesrat und VBS-Chef bietet Gewähr, dass unsere Armee wieder auf den «rechten Weg» kommt, bzw. befohlen wird. Die vom neuen

Chef VBS bis zum Redaktionsschluss ausgesandten Signale und die bereits eingeschlagenen «Nägel» gehen in die richtige Richtung.

Die AUNS hat bereits im September des Berichtsjahres mit ihrem prägnanten **«Positionsbezug zur Armee»** klare Leitplanken gesetzt:

- Aufgrund der unglaublichen Tatsache, dass die heutige Armee im **Verteidigungsfall nicht einsatzbereit** ist, fordert die AUNS eine Konzentration auf den Kernauftrag gemäss Artikel 58 der Bundesverfassung.
- Unsere Milizarmee ist da zum **Schutz und zur Verteidigung des eigenen Landes**, die bewaffnete Neutralität (Nicht-Einmischung in fremde Konflikte) ist mehr denn je aktuell. Die Armee ist konsequent auf den Verteidigungsfall und auf den Schutz vor modernen Bedrohungen auszurichten.

Im weiteren hat sich im Berichtsjahr die Aktivität linker und pseudobürgerlicher Kreise verstärkt mit dem Ziel, die Ordonnanzwaffen ins Zeughaus zu verfrachten und damit die Schweizer Milizsoldaten zu entwaffnen. Zu diesem Zweck ist auch eine Volksinitiative pendent. Gemäss Parlamentsbeschluss wird den Armeeangehörigen bereits seit Ende 2007 die Taschenmunition weggenommen.

Die AUNS kämpft für eine moderne Milizarmee (mit Soldaten, welche die Waffe samt Munition zuhause haben) und für eine bedrohungsgerechte Verteidigungs- und Schutzarmee **im eigenen Land für das eigene Land, welche den Verfassungsauftrag erfüllen kann.**

AUNS beschliesst Referendum gegen obligatorische Ausland-WKs

Im November des Berichtsjahres hat der AUNS-Vorstand einstimmig beschlossen, das Referendum gegen obligatorische Ausland-WKs für Schweizer Soldaten zu ergreifen, sofern das Parlament die entsprechende Änderung der Militärgesetzgebung beschliesst (was im 1. Semester 2009 zu erwarten ist). Mit dem Referendum werden gleichzeitig drei Irrwege verhindert, nämlich

- a) obligatorische Ausland-WKs für Schweizer Soldaten
- b) obligatorische Ausland-Einsätze für militärisches Berufspersonal und
- c) zusätzliche Bundesrats-Kompetenzen für Auslandeinsätze.

Mit der Ausrichtung auf eine Nato-/EU-Kooperation und auf mehr Auslandeinsätze liegt der Armee nach Auffassung der AUNS ein neutralitätswidriges Konzept zugrunde. Mit der Militärgesetzrevision würde dieses falsche Armeekonzept noch verstärkt und zementiert. Falls das Parlament auf diesem Irrweg bleibt, startet die AUNS die Unterschriftensammlung voraussichtlich im Juli 2009.

Wider das verwarloste Neutralitätsverständnis des Bundesrates

Die AUNS hat im Berichtsjahr scharf gegen die Anerkennung des Kosovo als unabhängiger Staat durch die «offizielle Schweiz» (sprich Bundesrat) protestiert. Sie erachtet diesen kapitalen Fehlentscheid als Ausdruck eines verwarlosten Neutralitätsverständnisses, wie es namentlich unter Aussenministerin Calmy-Rey praktiziert wird. Gerade in dieser hochbrisanten Angelegenheit hätte der Bundesrat keinesfalls Stellung beziehen dürfen. Denn einerseits wird damit unserer Neutralität zur Farce

degradiert, andererseits ist diese Anerkennung völkerrechtswidrig, weil die UNO-Resolution 1244 ausdrücklich festhält, dass die Provinz Kosovo zu Serbien gehört. Damit ist auch das UNO-Mandat, das die Grundlage für den Swisscoy-Einsatz bildet, hinfällig geworden.

AUNS verurteilt Kritik von Folterstaaten an der Schweiz

Der «UNO-Menschenrechtsrat», dessen Schaffung von Bundesrätin Calmy-Rey (wie erwähnt) vehement vorangetrieben und als Grosserfolg der schweizerischen Aussenpolitik zelebriert wird, hat den Umgang der Schweiz mit Frauen, Ausländern und Religionen als angeblich menschenrechtswidrig verurteilt. Die AUNS hat diese Absurdität in aller Schärfe zurückgewiesen. Denn die Schweiz ist weltweit wohl jenes Land, das die persönliche Freiheit, die Bürgerrechte und die Menschenrechte am konsequentesten praktiziert und hochhält.

Zudem erachtet es die AUNS als skandalös, dass ausgerechnet Staaten, in denen gefoltert wird, in denen die Menschenrechte ein Fremdwort sind, die keine Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit kennen, die jede Opposition unterdrücken und Oppositionspolitiker willkürlich verhaften, in denen andere Religionen unterdrückt und verfolgt werden und in denen Frauen praktisch rechtlos sind – dass ausgerechnet solche Staaten die Schweiz kritisieren. Und zwar wegen «Fremdenfeindlichkeit, Rassenhass, Gewaltanwendung durch Polizisten und dem fehlenden Verbot von Sklaverei» (!)

AUNS Klartext und Internet

Im Berichtsjahr erschienen insgesamt sieben Ausgaben des «AUNS Klartextes», nämlich die Nummern 121-127. Der neu konzipierte leserfreundlichere Auftritt (des ehemaligen «Grauen Briefes») ist sehr gut aufgenommen worden, und die

AUNS Klartext
PERSONENFREIZÜGIGKEIT:
NACH DEM 8.2.2009:
«DER TROJANER
IST DA – MIT
UNKONTROLLIERTER
ZUWANDERUNG!»
DAS TOR IST OFFEN!
FEBRUAR 2009 **129.** AUSGABE
Über 40 000 Mitglieder und Sympathisanten

einzelnen Ausgaben werden oft nachbestellt. Thematisch im Zentrum standen die hinterhältige Abwahl von Christoph Blocher, der neutralitätswidrige Swisscoy-Einsatz, die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk», das verwehrte Neutralitätsverständnis des Bundesrates, die AUNS-Mitgliederversammlung mit Hauptredner Christoph Blocher, der EU-Reformvertrag, die Missstände im VBS, der Sonderfall Schweiz, die Rücktrittsforderung an Bundesrat Schmid, der schweizerische Weg in der Finanzkrise, das AUNS-Referendum gegen obligatorische Ausland-WKs, sowie die Personenfreizügigkeit.

In der Regel umfasst ein «AUNS Klartext», der auch als «Bulletin d'information» französisch und als «Bolletino d'informazione» italienisch erscheint, vier bis acht Seiten. Das

AUNS-Bulletin erfüllt die Aufgabe, mit klaren Botschaften, Kurzinformationen, Zahlen und Fakten die AUNS-Mitglieder und weitere Interessierte über die Entwicklung in der schweizerischen Aussenpolitik zu informieren.

Die **AUNS-Internetseiten** in den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch waren auch 2008 wiederum sehr gut besucht. Die Seiten www.auns.ch und www.asin.ch wurden komplett neu erstellt. Das Internet ist nebst einer von der «Zensur» unbehelligten Informationsplattform zunehmend zur Kontaktstelle für Beitrittserklärungen und Bestellungen geworden.

Communiqués

Im Berichtsjahr ist die AUNS mehrfach mit Communiqués an die Öffentlichkeit getreten (alle Communiqués sind auf www.auns.ch abrufbar). Es ging dabei um die folgenden Botschaften und Forderungen:

- Auf unserer Souveränität beharren! (22.1.2008)
- Verwahrlostes Neutralitätsverständnis des Bundesrates (27.2.2008)
- AUNS kritisiert bundesrätlichen Verrat an den Schweizer Bauern (11.4.2008)
- Ja zur Einbürgerungsinitiative – Ja zur «Behördenpropaganda-Initiative» (6.5.2008)
- AUNS weist groteske Kritik von Folterstaaten an der Schweiz zurück (9.5.2008)
- Keine Mitgliederversammlung und keine Urabstimmung betreffend Referendum Personenfreizügigkeit (12.8.2008)
- Die Schweiz: europäisches Hauptquartier von Farc-Terroristen? Die AUNS fordert rasches Handeln vom Bundesrat (15.8.2008)
- Bundesrätin Calmy-Rey: Dialog auch mit dem Teufel? (2.9.2008)
- Nein zum Personenfreizügigkeits-Paket (3.11.2008)
- AUNS ergreift Referendum gegen obligatorische Ausland-WKs (6.11.2008)
- Behebung der Missstände im VBS: AUNS will konkreten Zeit- und Massnahmenplan (11.11.2008)

Suisse romande

Die Westschweiz ist ein wichtiger Pfeiler der AUNS-Tätigkeit. Im Berichtsjahr wurden verschiedene Versammlungen und Veranstaltungen (Genf, Waadt, Wallis) durchgeführt und zum Teil die Strukturen erneuert. Der seit Mitte 2006 tätige neue «Kordinator Westschweiz», Charles Geninasca, hat sich zum Ziel gesetzt, die Position der AUNS in der Suisse romande weiter zu festigen und auszubauen. Es gilt namentlich, das Potential neuer Mitglieder in der Westschweiz vermehrt auszuschöpfen und auf die «Ambiance romande» Rücksicht nehmen.

2.2 Jahresrechnung und Bilanz

Jahresrechnung

	Rechnung 2007	Rechnung 2008
Einnahmen		
Beiträge und Spenden	1 603 812.80	1 533 211.76
Zinsen	52 952.60	-66 272.49
	1 656 765.40	1 466 939.27
Ausgaben		
Propaganda, Werbung	401 327.60	409 492.80
Mitgliederbriefe, Presse	313 766.80	313 642.08
Sonderaktionen	308 635.95	551 068.20
Abschreibungen	6 677.00	12 746.05
Allgemeines	93 480.95	92 319.50
	1 123 888.30	1 379 268.63
Zusammenstellung		
Total Einnahmen	1 656 765.40	1 466 939.27
Total Ausgaben	1 123 888.30	1 379 268.63
Einnahmenüberschuss	+ 532 877.10	+ 87 670.64

- : Ausgabenüberschuss/+ : Einnahmenüberschuss

Bilanz per 31. Dezember 2008

Kasse	81 734.40	
Postcheck	77 577.02	
Valiant-Bank Bern	1 123 303.84	
Wertschriften	476 272.14	
Guthaben VST*	15 366.28	
EDV-Anlage, Mobiliar	20 995.00	
Kreditoren		53 454.45
Sonderfonds		54 961.55
Kapital		1 686 832.58
	1 795 248.68	1 795 248.68

* Verrechnungssteuer

Die Mitgliederversammlung vom 26. April 2008 hat beschlossen, die Jahresbeiträge für 2009 nicht zu erhöhen: Sie bleiben bei 35 Franken (Mitglieder), 50 Franken (Ehepaare) und 100 Franken (Gönner). Die Sympathisanten zahlen nach freiem Ermessen.

Im Berichtsjahr fielen die Beiträge und Spenden um 33 211.76 Franken höher aus als budgetiert. Die AUNS blieb von den negativen Auswirkungen der Finanz-

und Wirtschaftskrise nicht verschont. Der Wertschriftenertrag schloss gegenüber dem Budget mit einem Minus von 66 272.49 Franken ab. Somit belaufen sich die Einnahmen auf total 1 466 939.27 Franken, 43 060.73 Franken weniger als im Budget 2008 vorgesehen. Die Ausgaben von total 1 379 268.63 Franken liegen um 187 268.63 Franken höher als budgetiert. Die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» und die Mitgliederwerbung machten zusätzliche Ausgaben notwendig. Die «AUNS-Kriegskasse» konnte schliesslich um 87 670.64 Franken geäufnet werden.

2.3 Vorstand

Der Vorstand tagt in der Regel während der Sessionen der eidgenössischen Räte in Bern. Im Berichtsjahr kam er jedoch sechsmal zusammen, insbesondere wegen der Frage der Personenfreizügigkeit. Neben den Tagesgeschäften standen für den Vorstand vor allem die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk», die Armeefrage, die «aktive» Neutralität und die integrationspolitische Lage der Schweiz im Vordergrund.

2.4 Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle hat im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit dem Vorstand intensiv am Tätigkeitsprogramm 2009, an der Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk», am Referendum gegen obligatorische Ausland-WKs, am Argumentarium und an der Kampagne contra Personenfreizügigkeits-Paket, am Auftritt der AUNS, an Berichten (Positionspapier Armee) sowie an politischen Vernehmlassungen, Beurteilungen und Vorstössen gearbeitet. Ebenso galt ihr Augenmerk diversen Presseunterlagen, Verlautbarungen und Entscheidungsgrundlagen, sowie der Finanzbeschaffung, der Administration und der Mitgliederwerbung.

Es ging in erster Linie darum, die Voraussetzungen zu schaffen für eine noch schlagkräftigere, noch stärkere, noch attraktivere AUNS. In diesem Sinn wurde die Leistungsvereinbarung mit dem Geschäftsführer wiederum mit klaren Zielvorgaben weitergeführt.

Neben dem vollamtlichen Geschäftsführer Hans Fehr ist Werner Gartenmann als vollamtlicher Geschäftsführer-Stellvertreter tätig. Neben Fehr und Gartenmann und der Sekretärin Katharina Fischer (zu 60 % angestellt) haben wiederum je nach Arbeitsanfall Teilzeit-Arbeitskräfte die Geschäftsstelle unterstützt. Dies insbesondere für die Administration der Staatsvertrags-Initiative.

Kontakte pflegen, Überzeugungsarbeit leisten

Zahlreiche öffentliche Veranstaltungen, Streitgespräche, Podiumsgespräche, Fernseh- und Radiosendungen, Referate an Berufs- und Mittelschulen, Interviews und dergleichen, die vor allem vom Präsidenten, dem Geschäftsführer, dem Stellvertreter und anderen AUNS-Exponenten bestritten wurden, haben dazu beigetragen, die Ziele der AUNS und unsere Arbeit im In- und Ausland noch besser bekannt zu

machen. So haben aufgrund von Anfragen auch verschiedene Gespräche und Kontakte mit Politikern, Diplomaten, Unternehmern, Studenten (u.a. aus Deutschland, Italien, Frankreich, Österreich, England, Polen, Kanada und den baltischen Staaten) stattgefunden.

Die AUNS hat heute auch bei jungen Leuten ein wesentlich besseres Image als noch vor einigen Jahren. Viele Lehrlinge machen für die Lehrabschlussprüfung (LAP) ihre selbständige Arbeit über die AUNS oder über ein Thema, bei dem die AUNS besonders gefragt ist.

2.5 Stützpunkte in den Kantonen

Unsere Stützpunktleiterinnen und Stützpunktleiter aus den Deutschschweizer Kantonen trafen sich viermal in Bern, die Verantwortlichen aus der Westschweiz in ihren jeweiligen Kantonen.



*Unterschriftensammlung für AUNS-Initiative
«Staatsverträge vors Volk!» in Chur.*

Die Stützpunkte werden in verschiedenen Kantonen durch frische Kräfte geführt, die einen grossen Einsatz für unsere Sache leisten, Flugblätter verteilen, Plakate aushängen, Standaktionen durchführen, Mitglieder werben, Leserbriefe schreiben und Veranstaltungen organisieren. Im Zentrum stand im Berichtsjahr auch hier die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk».

2.6 Aktuelle Broschüren und Berichte

- Broschüre «Der Kampf für die Unabhängigkeit und Neutralität ist hochaktuell» (Referate von Christoph Blocher und Pirmin Schwander, Mitgliederversammlung 2008, deutsch, französisch, italienisch)
- Broschüre «Der schweizerische Weg in der Weltfinanzkrise», Referat von Christoph Blocher, gehalten am 1. November 2008 im Hotel Marriott, Zürich (dt., fr., it.)
- Überarbeitete Broschüre «Das Wesen der schweizerischen Neutralität» von Prof. Dr. Christoph Mörgeli (deutsch, französisch, italienisch)
- Aktualisierte Broschüre «Schwarzbuch der schweizerischen Neutralität» (deutsch, französisch)
- Faltprospekt «Zügelloser EU-Appetit auf die Schweiz»(dt., franz., ital.)

3 Schlusswort

Die AUNS steht am Ende des Berichtsjahres 2008 als stärkste überparteiliche Kraft zur Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit erneut vor grossen Herausforderungen:

- **Verhältnis zur Europäischen Union:**

- schleichendes Anpassertum an Brüssel
- Angriff auf unsere Steuerhoheit und das Bankkundengeheimnis
- politische und institutionelle Einbindung, u.a. durch Rahmenabkommen, Übernahme von neuem EU-Recht (Beispiel Schengen)
- Enorme Risiken durch die Personenfreizügigkeit, unkontrollierte Zuwanderung
- Agrarfreihandel/Ruin des Bauernstandes, Tendenz zur Zollunion

- **Freiheitsrechte der Schweizerinnen und Schweizer:**

- Angriff auf unsere direkte Demokratie, Aushebelung der Volksrechte, Übernahme von fremdem Recht, Unterstellung unter fremde Richter
- Schwächung der Milizarmee, NATO-Anpassung, obligatorische Ausland-WKs, Angriff auf unser freiheitliches Waffenrecht, Entwaffnung der Milizsoldaten

- **Neutralität:**

- neutralitätswidriger Aktivismus (Parteinahme/Einmischung in fremde Konflikte)
- Gefährdung der inneren Sicherheit
- Einsatz der Armee im Ausland.

An all diesen «Fronten» hat die AUNS weiterhin anzutreten, als starke überparteiliche Volksbewegung für Freiheit und Unabhängigkeit.

Wir danken an dieser Stelle allen unseren Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die aus Überzeugung und mit grossem Engagement für unser Land und unsere Freiheit kämpfen.

Schlusspunkt: Die versuchte Quadratur des Kreises...

«Die EU-Mitgliedschaft verschafft der Schweiz so viel Einflussnahme und Mitbestimmung, dass der damit einhergehende partielle Souveränitätsverzicht per saldo einen Souveränitätsgewinn bedeutet.»

(Franz von Däniken, bis 2005 Staatssekretär und Politischer Direktor im EDA, NZZ am Sonntag, 24.8.2008)

Kommentar: Gott sei Dank gibt es die AUNS!

